

Sprechen über die Krise in unserer Gesellschaft - Was leisten die Sozialwissenschaften zu ihrer Aufklärung?

Ein Rückgriff auf Perry Andersons "Depicting Europe"

Es gab erst kürzlich eine Anregung von Jutta Roitsch, die eine Aufforderung an die Sozialwissenschaften formulierte, doch endlich einmal "die Höhe unserer Zeit" mit ihrem einschlägigen Krisengeschehen zu erklimmen. Das erschien mir doch spannend - und auch noch "ausbaufähig", dass ich mich einmal daran gemacht habe, dazu doch ein aktuelles "Bild" zu malen - frei nach Perry Anderson's "Depicting Europe".

Dieser kleine Überblick soll keine Vollständigkeit - gar nach wissenschaftlichen Maßstäben - suggerieren, aber in der aktuellen Situation einer auswuchernden Wirtschafts- und Finanzkrise - der "Größten" seit 80 Jahren! - doch uns ein wenig in den Spiegel blicken lassen, wie doch weitgehend sprachlos gerade die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften gegenüber dieser Krise vor sich hindümpeln - ein wenig eingeschlossen in ihre "alten" Rituale, - meist ohne einen Blick über den eigenen Tellerrand zu wagen.

Diese Schilderung wird wieder - um die Bodenhaftung nicht zu verlieren - ganz konkret "eingebettet" in das vor unseren Augen ablaufende Krisengeschehen in seinen verschiedenen Facetten - also in Tatsachen - z.B. des immer hektischer werdenden Euro-Gipfel-Zirkusses ohne ein absehbares Ende - (vgl. den spöttischen Kommentar des Wirtschaftsnobelpreisträgers Paul Krugman " Ein Loch ist im Eimer.." www.nytimes.com/2011/10/24/opinion/the-hole-in-europes-bucket.html?_r=2), die uns täglich in der Zeitung entgegenschwappen - "unter" denen jedoch die "Interpretationskraft" der Sozialwissenschaften irgendwie weitgehend in ihrer Beschäftigung "hinwegtaucht" - oder noch "besser" abstrakt weit darüber "entschwebt" . Dieses Phänomen des Nicht-Verstehens "Warum", das wohl viele Nachrichtenleser auch befällt, ist also gewöhnlich, nur darf das eine "Gesellschaftswissenschaft", die doch den Anspruch hat, über "unsere Gesellschaft" aufklären zu wollen, sich auch leisten - sozusagen so absolut kontextarm in "marktkonformer Apathie" zu versinken ?

Hier zunächst ein kleiner Text, der auf eine Wissenschaft blickt, die sucht - aber eigentlich recht wenig findet, das "auf der Höhe unserer Zeit" wäre - außer die drei Jenaer (S. 2 unten) noch (<http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=12244>) - und siehe insbesondere auch noch die weiteren Links am Ende dieses Essays von Jutta Roitsch auf den Nachdenkseiten, die im "Gesamtbild" zu einem noch viel

schlechteren "Ergebnis" führen müssten, wenn das sozusagen das "Einzigste" wäre, was es dazu zu sagen gäbe.

Die Arbeitswelt in der Beschleunigung - totalitär und sinnentleert ...

Beginnen wir mit einem der dort auch lobend erwähnten Jenaer - wie z.B. mit diesem auch jüngst schon ins Französische übersetzte Buch von Hartmut Rosa "Alienation et acceleration": Die allgegenwärtige Beschleunigung wird dort als unsichtbares Herrschaftsinstrument aufgezeigt, das längst totalitäre Züge aufweist (<http://idw-online.de/de/news462888>). Nur welches "System" will hier seine "Totalitarität" erreichen?

Noch näher an die Menschen in ihrer Arbeitssituation ran geht jetzt der "Altmeister" des finanzkapitalistische "dynamisierten" Menschen ("Flexible Man"), der amerikanische Soziologe Richard Sennet: "Das ungeduldige Kapital hat die einst gemächliche Finanzindustrie umgekrepelt. Auch zum Schaden der einfachen Bankangestellten, wie ein Augenschein in der Wallstreet zeigt." (www.nachdenkseiten.de/?p=11503#h08)

Sennet legt dieser Entwicklung auch eine Periodisierung für diesen Wandel zu Grunde: "Wenn man ein einzelnes Ereignis verantwortlich machen kann, dann war es der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems der festgelegten Wechselkurse während der Ölkrise 1973." Dieses Regime der kurzfristigen Profite mit den kurzen Zeithorizonten hat den Charakter der Arbeit verändert - und zu einer völligen inhaltlichen Entleerung geführt: Teamarbeit löst sich auf und zerfällt, Chefs haben keine Autorität - aber scheffeln trotzdem Geld. Die Autorität wird an den Algorithmus abgetreten, die zur Generierung von Finanzinstrumenten wie Credit Default Swaps (CDS) benutzt werden.

Neben der Beschleunigung stellt Sennet also auch den Verlust von Sinn in der Arbeit fest.

Aber vielleicht überschreitet, d.h. vervollkommnet, diese Feststellung des Soziologen der Schriftsteller im Roman? Robert Harris hat dazu einen Thriller geschrieben mit dem englischen Titel "The Fear Index" - das bedeutet ein selbstlernendes DV-Programm. Dieses Programm kann unbestechlich und ganz eigenständig alle Schwächen von Menschen und "Märkten" ausnutzen und gewinnt immer, wenn alle anderen verlieren: "Unsere Algorithmen sind gerade bei Panik erfolgreich, weil nämlich der Mensch, wenn er Angst hat, immer auf vorhersehbare Weise reagiert." Diese Maschine ist in der Lage immer weiter Geld zu scheffeln, während in der Ganzen Welt die "Märkte" zusammenbrechen." Der deutsche Titel dieses Romans so nahe an den Fakten der Finanzmärkte heißt dann auch "Angst"! (vgl. ein Interview mit Robert Harris:

www.welt.de/print/die_welt/vermishtes/article13736392/Gefangen-im-

[Algorithmus.html](#) - sowie eine kurze Darstellung bei 3Sat:
www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/lesezeit/158185/index.html)

Dazu passt dann gut diese Meldung aus der realen Welt: Hedgefonds-Vermögen übersteigt erstmals 1 Billion Dollar: www.faz.net/aktuell/finanzen/fonds-mehr/fonds-hedge-fonds-vermoegen-uebersteigt-erstmals-1-billion-dollar-1234446.html

Da fällt einem nur zu den so marktgläubigen Finanzmarkt-Deregulierern Goethe`s Spruch aus dem Zauberlehrling ein: "Besen, Besen - sei`s gewesen".

Nur - und das ist das Paradoxe wieder an dieser Situation - im Euroland kann Deutschland - wie ein Fettauge auf der Suppe - noch immer einen Vorteil gerade aus dieser "Angst" ziehen - und kann für die Aufnahme seiner Schulden noch etwas bezahlt bekommen. (Vgl. "Die Angst geht um":
www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl21.html)

Dabei lehrt uns der Ökonom, wie man dieses Geschehen - vielleicht auch den "Tatendrang" des Algorithmus etwas bändigend - mit einer Finanztransaktionssteuer ein gutes Stück "entschleunigen" könnte. (Vgl. dazu "Eine Möglichkeit zur Kontrolle der Dynamik der Finanzmärkte : eine allgemeine Finanztransaktionssteuer"
www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/fts_bahl.html - eine Untersuchung, die jetzt aktuell noch einmal in der Zielrichtung vom DIW bestätigt wurde:
www.nachdenkseiten.de/?p=12341#h08)

Am Rande sei jedoch nur noch angemerkt, dass diese Maßnahme allein wohl noch nicht zur "Eindämmung" der Finanzmärkte ausreichen würde. Nur dazu - wie z.B. der sog. "Volcker-Regel" - tobt eine politische Auseinander-setzung über den Atlantik hinweg zwischen Europa und den USA (vgl. "Doch Finanzmärkte regulieren: "Volcker-Regel" für die USA und die europäischen Regierungen kämpfen dagegen."
www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/volcker.html)

So sehr es von der ökonomischen Logik her angebracht erscheint diese Finanzmarktregulierungen als "Voraussetzung" - und eben auch billigere Lösung! - für eine Änderung in Angriff zu nehmen (vgl. zuletzt Rudolf Hickel, "Zerschlagt die Banken - Entmachtet die Finanzmärkte":
www.radiobremen.de/nordwestradio/sendungen/nordwestradio_journal/audio80978-popup.html sowie weiter Rudolf Hickel macht die Vorschläge, wie die weiteren Krisen verhindert werden können: www.neues-deutschland.de/artikel/218944.streitschrift-fuer-schoepferische-zerstoerung.html), könnte es doch aus pragmatischen Gründen - die Krise wartet nicht bis der letzte Politiker sie verstanden hat und angemessene Mittel zu ihrer Eindämmung ergriffen hat - notwendig werden, weitere finanzielle Maßnahmen für Wachstum zu ergreifen, bevor europäische Gesellschaften - wie jetzt einmal vorrangig Griechenland - im sozialen Chaos "untergehen". Das könnte zwar teurer werden, als zunächst mit einer Finanzmarkt-Regulierung das weitere

Krisengeschehen als erstes einmal einzudämmen. (Vgl. "... zu einem Wachstum zur Rettung Griechenlands aus dem Jammertal": www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl27.html), aber dennoch politisch dringend geboten sein. Die Verantwortung muss man dann bei den VerehrerInnen der so heilig gehaltenen Märkte suchen.

Die weiter dem Krisengeschehen zugrundeliegenden Fragen (siehe die Ziff. 1 und 2 am Schluss) dürfen dabei nur nicht beim weiteren Verlauf der Krise(n) aus den Augen verloren werden.

... und eine Spaltung der Gesellschaft durch wachsendes Prekariat: Diese Armut ist politisch gewollt!

Unter einem anderen Blickwinkel hat - nach den Jenaern - jetzt auch das SOFI-Göttingen die durch das wachsende Prekariat sich immer stärker entfaltende Spaltung der Gesellschaft in Augenschein genommen - mit der klaren Feststellung, dass dieses Ziel auch politisch gewollt sei (www.nachdenkseiten.de/?p=12185#h08). Und dieser politische Wille sieht sich dann dokumentiert in einer enormen sozialen Ausgrenzung und Armutsgefährdung der Bevölkerung in ganz Europa (www.nachdenkseiten.de/?p=12167#h01). Was auch Christoph Butterwege zu dem Schluss veranlasst, die Armut ist politisch gewollt (www.nachdenkseiten.de/?p=12207#h05). Und diesen politischen Willen "dokumentiert" Butterwege dann noch mit "10 Jahre Hartz-Kommission" (www.nachdenkseiten.de/?p=12310).

Dabei ist doch schon klar, dass alles Gerede von den Beschäftigungserfolgen dieser Arbeitsmarktreformen - so sehr die Medien es auch lieben und immer wieder aufkochen, nur ein Märchen ist wie das von des Königs neue Kleider: der ist doch nackt. Es gab keine zusätzliche Beschäftigung, wie Ulrike Herrmann mit dem leicht geschrumpften Arbeitsvolumen feststellen muss (vgl. "Kommt eine "große Erzählung" an ihr Ende?": www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/amarkt/bahl_arbeit.html)

Wenn also - politisch gewollt - die bestehende Arbeit nur zu einem großen - und immer größer werdenden - Teil "degradiert" und zerlegt wurde, um sie auf mehr Köpfe zu verteilen - und nicht zuletzt mit diesem "Niedriglohnsektor" - der Kanzler Schröder hat damit vor den Bossen in Davos geprahlt - , um den Druck auf die Lohnfindung in Richtung Lohndumping zu erhöhen, dann kann man das doch beim besten Willen nicht mehr als sozialpolitischen Erfolg feiern - wovon jedoch die SPD nicht lassen will (vgl. noch einmal zur Entwicklung im Beschäftigungssystem den

DGB: www.nachdenkseiten.de/?p=12321#h05). Aber so weit geht der Horizont der Sozialwissenschaften meist doch nicht - und somit kommt dieses politisch gewollte Prekariat als Teil der neoliberalen Agenda bei der bloßen empirischen Beschreibung auch meist nicht in den sozialwissenschaftlichen Blick.

... und 10-mal "Deutsche Zustände" - radikalisiert durch "Signalereignisse" hin zu mehr Ungleichheit und sozialer "Verrohung"!

Nur wir brauchen auch hier noch nicht gleich resignieren, denn es gibt doch auch den wackeren Wilhelm Heitmeyer, der über ein Jahrzehnt hinweg die "Deutschen Zustände" untersucht hat - und dabei die auch schleichenden Prozesse der Degradierung und Desintegration in den Blick gerückt hat. So stellt er doch fest, mit dieser politischen Schaffung von "Randgruppen" eben auch - innerhalb der neoliberalen Agenda - richtig Politik gemacht wird - sozusagen ein semantischer Klassenkampf von oben gegen "die da unten".

Der entscheidende Punkt ist dabei für ihn, dass die Ungleichheit die Gesellschaft regelrecht zerstört - mit dem Motto: "Rette sich, wer kann" - und einer regelrecht "rohen Bürgerlichkeit", die eine Gleichwertigkeit von Menschen unter dem Gesichtspunkt der "Ökonomisierung des Sozialen" einfach nicht mehr kennt.

Und dieser Verrohung der Bürgerlichen sieht er durch gewisse "Signalereignisse" vorangetrieben - zu denen auch die politische Durchsetzung von Hartz 4 gehört. Und dieses Ereignis wurde schon - reichlich infam - biologische begründet. Auf diesem Biologismus brauchte Sarrazin nur noch andocken, um medial durch Bild und Co. aufgeblasen und durch das Land verteilt zu werden. (Vgl. www.heise.de/tp/artikel/33/33301/1.html)

Als einen weiteren Antreiber für diese "schleichenden Prozesse" der bürgerlichen Verrohung sieht er auch noch Sloterdijk mit seinem "kleptomanischen Staat" und der "Gnade der gebenden Hand" (vgl. zur auch medial so gepuschten Sloterdijk-Debatte wieder Wolfgang Lieb: www.nachdenkseiten.de/?p=4317)(vgl. diese schöne Heitmeyer-Zusammenfassung in der TAZ: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2012%2F02%2F27%2Fa0113&cHash=516791c499>).

So kommt Heitmeyer auch noch weiter - indem er der neoliberalen Agenda schon auf den Grund geht - zu der Wahrnehmung, dass wir es über die Zeit hinweg auch mit einer Kontrollverschiebung zu tun haben: "Es gibt nämlich einen Kontrollgewinn des autoritären Kapitalismus - und dem entspricht ein Kontrollverlust der nationalstaatlichen Politik. Und daraus resultieren dann auch diese Formen der "Demokratie-Entleerung". - na, wie nennt das "unsere" Kanzlerin wesentlich sinn-

entkernter immer: "marktkonforme Demokratie". Und Heitmeyer kam diese Erkenntnis - nur mit einem geringeren "tiefen" Bezug zur Ökonomie - noch vor Colin Crouch. (Siehe dazu weiter unten)(Es lohnt sich diese Gedanken von und zu Heitmeyer in der ganzen Länge zu lesen!)

Und nicht zuletzt der Sozialphilosoph Axel Honneth - oder eine erste Skizze für ein gemeinsames (!) Sozialmodell Europa

Axel Honneth, der Sozialphilosoph, wird ja bei Jutta Roitsch mit seinem Beklagen, dass die Intellektuellen nur mit Schweigen auf das ganze Krisengeschehen zu reagieren vermögen, mit dem folgenden Satz zitiert: "Eine Ursache könnte darin liegen, dass wir uns höchst unklar darüber sind, wie eine angemessene sozialstaatliche Politik in den nächsten Jahrzehnten jenseits von Hartz 4 und des alten sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodells beschaffen sein könnte. Wir sind vielleicht gar nicht so weit. Uns fehlen vertretbare, begründete Antworten." - Nur sind es wieder diese gläsernen Wände zwischen den einzelnen Vertretern der Sozialwissenschaften? Frank Nullmeier scheint mir da doch mit seinen Fragen und Feststellungen schon ein Stück weiter.

Aber vielleicht sollte wir es uns doch etwas einfacher machen - und zunächst nicht nach "letztendlichen" Wohlfahrtsmodellen "gründeln", sondern einfach einmal schauen, was uns da Europa in seiner Vielfalt so an unterschiedlichen Ansätzen zu bieten hat. Bevor ich jetzt daran gehe, dies zu vertiefen, was schon sehr lohnend wäre, möchte ich auf eine "Berührung" von Axel Honneth mit dem Nachbarland Frankreich mit dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu zu rückgreifen, um einfach schon einmal daran, ein "Nicht-Verstehen" anzufangen, etwas zu verdeutlichen.

Zum 10-jährigen Todestag von Pierre Bourdieu schreibt Axel Honneth in "Le Monde", was dann auch in der TAZ in Deutschland wiedergegeben war (www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ku&dig=2012%2F01%2F31%2Fa0114&cHash=3a3072ea68). Mich stört dabei zunächst - neben vielem Erhellendem, was er sagt - dieses Hinwegsehen über die "französischen Verhältnisse", das in dem Vorwurf gipfelt, Pierre Bourdieus soziologische Analysen enden in einem bloßen "Soziologismus" - und er könne somit nicht zwischen "gerechtfertigt" und "ungerechtfertigt" unterscheiden. Ich würde jedoch sagen, dass es gerade Normen sind, die den so denunzierten französischen "Soziologismus" begründen - es ist nämlich die einfache Tatsache, dass im sozialen Bereich der "Franzose das Recht hat", während der Deutsche eine "unerlaubte Handlung begeht" (vgl. dazu als Einführung zum deutschen "Nipperdey'schen Käfig" beim Streikrecht im Unterschied

zu den sog. "französischen Verhältnissen":

www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/finanz_gewbahl.html).

Wenn Axel Honneth einmal diesen Unterschied zum Ausgangspunkt - der ja ganz einfach auch immer der normative Ausgangspunkt von Pierre Bourdieu war, - nehmen würde, dann könnte er dem französischen "Soziologismus" nebst diesem "gerechtfertigt" und "ungerechtfertigt" schon näher gekommen sein. Natürlich braucht der Deutsche für sein streikliches Tun eine besondere Rechtfertigung - während der Franzose einfach das Recht hat.

Diesem Nicht-Verstehen zwischen Deutschland und Frankreich ringt sich mir nur immer wieder der abgrundtiefe Seufzer ab: Könnt ihr nicht mit dem großen Alexis de Toqueville endlich begreifen, dass ihr die deutschen Verhältnisse - noch dazu unter dem Dach einer gemeinsamen Währung! - nur begreifen könnt, wenn ihr die französischen usw. auch begreift - diesseits und jenseits der "Grenzen" -, die in den Köpfen der Sozialwissenschaftler eben noch lange nicht überwunden scheinen. (Vgl. weiter "Kommentierte Betrachtungen zu den Gewerkschaften in Deutschland und Frankreich": www.labournet.de/internationales/fr/gew_bahl.html)

Unter dem "gemeinsamen Dache" des Euro bleiben eben die Löhne die einzige "Stellschraube" zur Erreichung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit!

Wie kann ich die französischen Arbeitsverhältnisse verstehen, wenn ich nicht den Lohndumpingdruck aus Deutschland auch im Blick habe? (Vgl. "Warum die Franzosen streiken und was die Deutschen derweil machen":

www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/allg/decent_bahl.html)

Es wird eben für die Franzosen - nebst ihrem Management - reichlich schwierig, "gute Arbeit" unter diesem Wettbewerbsdruck aus Deutschland noch aufrecht erhalten zu können - wo unter dem gemeinsamen Dache des Euro das alte Ventil der "Abwertung" wegfällt.

Eine kleine Episode zwischendurch

Ach, man kann diese so autonome Interventionsmöglichkeit der ArbeitnehmerInnen mit dem Streik in Frankreich auch einmal an einen ganz kleinen Beispiel noch verdeutlichen: Bei uns war zu lesen, dass 200 Arbeiter mit der Besetzung eines lothringischen Stahlwerkes dessen Schließung verhindern wollten

(www.sueddeutsche.de/wirtschaft/protest-gegen-schliessung-franzoesische-arbeiter-besetzen-stahlwerk-1.1288524). Nur was hieß dies im französischen Kontext? Im jetzigen Präsidentschaftswahlkampf machten die Arbeiter "spektakulär" auf ein

Versprechen von Staatspräsident Sarkozy 2007 aufmerksam, der wohl versprochen hatte, diesen Stahlwerksstandort zu erhalten. Diese Besetzung beherrschte somit die gesamten Mittagsnachrichten in Frankreich - worüber es dann in die deutsche Zeitung "schwappte".

.... und was ist ökonomisch "gerechtfertigt" ?

Aber kommen wir doch einfach noch wegen Axel Honneth`s "gerechtfertigt" und "ungerechtfertigt" zur Ökonomie und welchen Maßstab sie anlegen würde. Beim Vergleich von Deutschland mit Frankreich ergibt sich das mit dem zweiten Standbein einer stärkeren Binnennachfrage Frankreich in der Währungsunion stärker wachsen konnte. (www.boeckler.de/imk_5269.htm?produkt=HBS-004212&chunk=4&jahr= oder noch ausführlich www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_31_2008.pdf)

Das französische System ist vom ökonomischen Ergebnis her also "gerechtfertigt", was die damalige französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde zu dem Protest gegen das deutsche Lohndumping-Exportüberschuss-Modell veranlasste: www.labournet.de/diskussion/eu/sopo/lohn_bahl.html

Der französische Wirtschaftsweiser Patrick Artus lieferte dazu noch die Begründung, dass es die deutschen Arbeitsmarktreformen seien, die dieses Wettbewerbsvorteil für Deutschland schufen.

Nur in dieser Richtung - mit derartigen Arbeitsmarktreformen in Frankreich - "weiter austeritätsbeflissen" voranzuschreiten , waren vor allem wegen des französischen Streikrechts der Politik - bei vielleicht vorhandenem marktradikalem Willen bei Sarkozy - dort die "Hände gebunden" - die französischen Arbeitnehmer hätten solch ein Vorhaben einfach weggestreikt - weshalb dem Polit-Strategen Oskar Lafontaine ja die Idee kam, dass die deutschen Gewerkschaften, das einfach auch machen sollten. (Vgl. dazu ".. zum Aufbau eines "Anti-Lambsdorff"-Narrativs" - die "Herstellung der vollen gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit auch für Deutschland" - bei "Statt "TINA" jetzt "AKAS" (Alles könnte anderes sein): www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl20.html)

Nur im Moment sind wir noch Zeugen des vollkommen umgekehrten Programmes: Die neoliberale Agenda kann mit der "Zerstörung" der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit zur Zeit gerade vor allem "jenseits" Deutschlands - jetzt in der Krise! - noch einmal einen Höhepunkt erreichen (vgl. "Europas vorprogrammierte Generalstreikwellen bei Beseitigung der letzten Reste eines sozialen Europa": www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl19.html).

Dabei hätte es einen gemeinsamen europäischen Lernprozess geben können. Um es mit den Worten des deutschen Wirtschaftsweisen Peter Bofinger zu verdeutlichen, wäre eine Anpassung an das "Vorbild Frankreich" ökonomisch sinnvoll gewesen: "Lauter Deutschlands in der Eurozone wäre schrecklich - lauter Frankreichs wäre gut", meinte unser Wirtschaftsweiser Bofinger.

Um es mit Heiner Flassbeck wieder präzise in Zahlen auszudrücken - damit die Grenze zwischen "gerechtfertigt" und "ungerechtfertigt" klar hervortritt - hätte dieser Lernprozess - gerade auch der europäischen Gewerkschaften! - entlang der Linie von dem einzuhaltenden Ziel von 2 Prozent Inflation verlaufen müssen (vgl. www.flassbeck.de/pdf/2012/Jan2012/Die%20Mythen%20der%20Krise_Capital.pdf). In der gemeinsamen Währungszone (!) hat dagegen "Deutschland in massiver Weise gegen das in der EU vereinbarte Inflationsziel von leicht unter 2 Prozent verstoßen" (Heiner Flassbeck).

Mit diesem Maßstab - man mag ihn für richtig halten oder nicht, jedoch eine Auseinandersetzung darüber müsste auch den Sozialwissenschaften möglich sein! - wäre dann Deutschland im Minus und Griechenland im Plus, d.h. beide müssten sich verändern: Deutschland eben nach oben und z.B. Griechenland u.a. nach unten.

Aber machtpolitisch wird inzwischen - wieder frei nach der neoliberalen Agenda - dieser gemeinsame Lernprozess ausgeschlossen - und ziemlich einseitig diese entstandenen "ökonomischen Ungleichgewichte" zugunsten des deutschen Exportüberschuss-Lohndumping-Modells festgezurr - und allein dieses entsprechend den Kriterien der EU dieses Modell zum Vorbild erklärt (www.nachdenkseiten.de/?p=12236). Dabei gingen auch die Exportüberschüsse auch schon zu Lasten der Beschäftigten (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07718.pdf>)

Oder wie der Journalist - eine Berufsgruppe, die meist weit schneller und näher an diesen Prozessen als die Sozialwissenschaften dran ist - Stephan Kaufmann in dem Aufsatz "Europa unter deutscher Fuchtel" den bisher (!) von Deutschland bestimmten Euro-Krisen-Kurs in aller Kürze beschreibt: "Eine Entwertung des Finanzkapitals wird - weiterhin - durch eine Entwertung der Arbeitskraft verhindert. Mit der versprochenen Zählung der Finanzmärkte hat all das jedenfalls nichts zu tun." (www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/januar/europa-unter-deutscher-fuchtel)

Für Europa gibt das dann ein paradoxes Bild: Während der Außenwert für Europa stabil blieb, stürzten die durch das deutsche Modell hervorgerufenen Verschiebungen innerhalb Europas die europäischen Wirtschaften in das Verschuldenschaos - mit einem "Hauptgläubiger" Deutschland. (www.nachdenkseiten.de/?p=12321#h04)

So erscheint es auch wieder kein Wunder, dass Frankreich jetzt in diesem Präsidentschaftswahlkampf - nach der Herabstufung von der Spitzenposition des "Triple AAA" durch die Ratingagenturen - auch diese Herrschaft der Finanzmärkte thematisieren möchte, um nicht auch noch in diese Spirale der Austeritätspolitik nach unten wie die anderen südeuropäischen Länder gezwungen zu werden.
(www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl22.html)

Deshalb bringt der französische Wahlkampf auch eine deutlich stärkere Besteuerung der Vermögen wieder in die Auseinandersetzung.
(www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-in-frankreich-hollande-fordert-prozent-reichensteuer-1.1295246)

Somit könnte es bei einem Wahlsieg des Sozialisten Hollande in Frankreich leicht sein, dass dieses Aufrechterhalten der neoliberalen Agenda in Europa - gerade auch mit Hilfe von Frankreich (vgl. "Präsident Knickebein":
www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl13.html) doch allmählich ein Ende finden könnte.

Zunächst sieht dafür der französische (!) Sozialphilosoph Alain Badiou eher schwarz, weil er der französischen Linken - jetzt im Wahlkampf - attestiert, zu wenig Mut zu haben, um gegen das Sarkosy`sche (marktradikale) "Narrativ" anzugehen (www.fr-online.de/meinung/auslese--sarkozy-und-die-grosse-furcht,1472602,11702264.html).

Aber immerhin haben wir hier einen Sozialwissenschaftler, der mit seiner perspektivischen Analyse der Politik Mut machen will , anstatt mit einem Satz - wie dem von Axel Honneth eingangs zitierten - nur analytischen Defaitismus zu verbreiten - armes Deutschland! Ich befürchte nur, du verdienst mit deiner "marktkonformen" Gedankenarmut - noch immer in dieser Krise durch die Finanzmärkte auf der Sonnenseite gehalten - diese Philosophen. (Merkel für "marktkonforme Demokratie": www.nachdenkseiten.de/?p=10611)

Bei dieser so reduzierten Wahrnehmung kommen dann nicht einmal die sich aufdrängenden Alternativen "Zum Wohle des Volkes oder der Finanzmärkte" in Betracht (vgl. www.nachdenkseiten.de/?p=12341#h02).

Ja, angesichts von Jürgen Habermas`ens eigentlich so lobenswertem demokratischen Engagement bei Griechenland (www.faz.net/-gqz-6uv53) rutschte es mir dann einmal doch etwas frustriert raus: Wie wäre es, statt dieses - doch hilflos bleibenden - moralisch-empörenden Engagement, sich einmal wirtschaftspolitisch engagiert für die eine gemeinsame Finanzpolitik in Europa begründenden Eurobonds einzusetzen - weil damit mehr an Demokratie "gerettet" werden könnte, als durch diese bloße "Entrüstung". Ja, mein an das Habermas`sche Engagement - das doch

noch wenigstens vorhanden ist! - gerichteter Stoßseufzer war darum: nur "werthaltiges Krisengeschwafel, während Europa in Scherben fällt"? (www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl16.html)

Es greift eben - ohne ökonomisches Wissen einzubeziehen - immer zu kurz, was ich an anderer Stelle schon bei Habermas zu kritisieren mußte. (Vgl. "Das Denken in Institutionen - Eine spezifisch deutsche Ideologie!": www.nachdenkseiten.de/?p=9994)(Zu einer weiteren Kritik an Habermas vgl. den Aufsatz von Wolf-Dieter Narr im Aprilheft der Zeitung "Argument")

Nur dieses bloß "werthaltige Geschwätz" bleibt mir als schales Fazit am Ende auch bei der Einlassung von Honneth zu dem wackeren Bourdieu, der sich immerhin immer wieder daran wagte (Engagements bei Streiks, Auseinandersetzung mit der dominierenden Geldpolitik der deutschen Bundesbank u.a.!) Wer sich so engagiert, kann irren - aber wer sein Engagement so lange hinausschieben will, bis er alles "letztendlich" begründet hat, kann immer nur verlieren!

Aber vielleicht bekommen unsere Protagonisten doch noch den Mut, zu dem sie aufgefordert werden - vielleicht bevor Europa in Scherben fällt?

Makroökonomisches Versagen mit Lohndumping aber betriebliche Erfolge für das Krisenmanagement: In der Krise Jobs gerettet !

Das Bild der Gewerkschaften in Europa wäre jedoch nicht zu Ende gemalt, würden wir allein auf dieses makroökonomische Versagen bei einem allgemeinen Lohndumping aus Deutschland blicken.

Zunächst sind es ja nicht nur die Arbeitsmarktreformen die die deutschen Gewerkschaften in ihrer Wirksamkeit, die Löhne entsprechend dem "Lohnspielraum" angemessen zu gestalten so niedergedrückt haben. Es war doch schon vorher die im und durch den Vereinigungsprozess sich vollziehende Auflösung des für die Lohnfindung in Deutschland so zentralen Instrumentes, des Flächentarifvertrages, die den Niedergang der Lohngestaltung einläutete (vgl. "Endgültiges Ende eine sehr erfolgreichen Gewerkschafts-Ära in Deutschland":

www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/tarifeinh_bahl.html)

Dieser Funktionsverlust hat wegen einer stärkeren Aufsplitterung der Tariflandschaft - zuletzt mit den Fluglotsen - uns den Dauerbrenner einer - politisch! - von oben zu verordnenden Tarifeinheit eingebrockt. (gl. zuletzt: www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=me&dig=2012%2F02%2F23%2Fa0126&cHash=939a315cbb)

Und letztlich würde das Ganze nur zu einer weiteren Einschränkung des deutschen - ohnehin nur noch als Torso existierenden - Streikrechts führen. (Vgl. das Gutachten von Wolfgang Däubler für die GDL und den Marburger Bund:

www.nachdenkseiten.de/?p=8779 - sowie allgemein noch www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/dgbbda_bahl.html)

Ausgerechnet diese Politik bei uns, die seit langem nur das Ziel verfolgt, die Gewerkschaften in ihrer volkswirtschaftlich, aber auch sozial so wichtigen Funktion angemessene Löhne zu erreichen, schwächt, soll jetzt also die Gewerkschaften vor Konkurrenz schützen?

Während somit die Instrumente in der Auseinandersetzung um die Löhne für die deutschen Gewerkschaften immer schwächer wurden - mit diesem allgemeinen Lohndumping, hatten die deutschen Gewerkschaften in einem Bereich, wo sie - auch rechtlich - noch "stark" sind - bei den Betriebsräten, gute Erfolge in der Krise vorzuweisen. Zusammen mit dem arbeitsmarkt-politischen Instrument Kurzarbeit konnten sie betrieblich - mit einer "internen Flexibilisierung" erstaunliche und im internationalen Vergleich bewunderte Erfolge erzielen. So kam es zu einem wahren Jobwunder in der Krise: 3,1 Millionen Jobs konnten gerettet werden (www.boeckler.de/28607_6989.htm).

Mit dieser "korporatistischen" Stärke auf der betrieblichen Ebene erschien der deutsche Arbeitsmarkt nicht mehr als Sorgenkind wie bislang: Es gelang ihm nun - eingebettet in die Institution der Betriebsverfassung -, nicht mehr als Krisenherd, sondern als "Wunderwerk" zu erscheinen. (www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_56_2010.pdf)

Mein Plädoyer für den so notwendigen gemeinsamen Lernprozess der Gewerkschaften für Europa ist daher, richtet den Blick auf die Durchsetzungsfähigkeit in der Lohnfindung (Stichwort: Streikrecht) - was makroökonomisch so wichtig ist, wie wir sahen -, aber überseht dabei nicht die - wie wir hier sehen - auch noch wichtige Funktion der betrieblichen Kooperation durch eine mit guten Rechten ausgestattete Betriebsverfassung (= nur das schafft gegenseitiges Vertrauen für eine Kooperation) - nicht zuletzt auch für das, was wir so allgemein technischen Fortschritt nennen und was im Betrieb dann als Rationalisierung ankommt.

Die gute Stellung gerade der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt, die auch auf technologischem Erfolg basiert, - sozusagen das Lohndumping einmal "rausgerechnet" - hängt auch damit zusammen, dass die Betriebsräte auch hier

"Treiber" sind, um für die Beschäftigten möglichst weitgehend in der betrieblichen Situation bei der technischen Entwicklung eine "Win-Win-Situation" herbeizuführen.

Und nur mit der Betrachtung auch dieses Teils der deutschen Gewerkschaften können wir zu einem der Situation - auch in der Krise! - ausreichenden "Gesamtbild" kommen, womit die deutschen Gewerkschaften eben nicht nur Schattenseiten, sondern auch ihre "Lichtseiten" haben. Für eine gewerkschaftliche "Gesamtstrategie" für Europa darf dieser Aspekt daher nicht unbeleuchtet bleiben.

Blick frei machen auf die Gesamtagenda

Aus diesen bisherigen Ansätzen ergibt sich - außer bei Butterwegge (vgl. dazu www.nachdenkseiten.de/?p=1508 - auch mit einer kleinen einschränkenden Kritik von Wolfgang Lieb am Schluß! - weiterführend noch sein Buch "Kritik des Neoliberalismus" von 2008) - noch längst kein - vielleicht auch in unterschiedlichen Akzentsetzungen - Gesamtbild der Krise, obwohl ja deren Dynamik mit der "Erzeugung" zwar verschiedener aber dennoch allseitiger Betroffenheit gut geeignet ist, "in sich" die Erkenntnisfortschritte der ganzen Sozialwissenschaften zu "vereinen".

Von welcher Seite ich mich auch nähere, ich kann den Blick frei machen auf die "Gesamtagenda" - ob über den historischen Vergleich mit dieser "Goldenen Ära" der 50-er und 60-er Jahre oder über eine "Dekonstruktion" der neoliberalen Agenda - mag dahingestellt bleiben. Nur möglich ist es auch für die Sozialwissenschaften - und wie sehr das "machbar" ist, hatte doch der Historiker Perry Anderson schon 2007 in seinem Essay "Depicting Europe" "ausgemalt" (www.lrb.co.uk/v29/n18/perry-anderson/depicting-europe) - mit dem "Bild", dass vor allem die südeuropäischen Länder durch die deutsche Lohnpolitik "erwürgt" würden.

Nur vor einer solchen Entwicklung hatten Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker auch schon im Jahre 2005 gewarnt: "Die deutsche Lohnpolitik sprengt die europäische Währungsunion" (www.boeckler.de/wsimit_2005_12_flassbeck.pdf).

Nur wie einseitig dieser Prozess in der Krise dann gegen die - vor allem südeuropäischen - Länder in einer Schuldnerposition bei den ökonomischen Ungleichgewichten ablaufen wird, war wohl noch nicht so vorauszusehen.

Dies stellte jedoch dann im Herbst 2011 eine Konferenz von Ökonomen zur Eurokrise in den USA heraus. James Galbraith fasste das Ergebnis der Diskussion auf dieser Konferenz mit den Sätzen zusammen: "Der europäische Kontinent ist dabei die Schwachen (oder Schuldner) zum Schutze der Starken (Gläubiger) zu zerstören" - und was diese Ausweglosigkeit dieser inzwischen so schrecklich- eskalierenden Vorgänge im Süden Europas noch verschärft ist seine Feststellung: "Der Diskurs wird von frischen Ideen - eben alternativlos - verschlossen und das

politische Überleben hängt - immer wieder - davon ab, Problemlösungen nach hinten zu verlagern. (www.nachdenkseiten.de/?p=11287)

Das drastische Bild von Perry Anderson, dass die südeuropäischen Länder in ihrer Schuldnerposition "erwürgt" würden, war somit ziemlich realistisch. Schon damals war es für ihn deutlich, dass Deutschland mit seinem Lohndumping als wirtschaftliche Großmacht die soziale Entwicklung in Europa - nicht zuletzt in den südeuropäischen Ländern "erwürgt". Dies können wir heute - Anfang 2012 - ja bei Griechenland in seinem "Endstadium" ganz empirisch "bewundern"

(www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl24.html sowie in einem weiteren "Schritt" noch: www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl26.html)

Am treffendsten hat diese europäische Misere mit Griechenland wieder einmal Niels Kadritzke mit einem politischen Stimmungsbild auf den Punkt bringen können: "Griechenland gleicht einem Labyrinth, bei dem alle Ausgänge blockiert sind" (www.nachdenkseiten.de/?p=12263)

Die von Deutschland nun - beim "Zerstören" - eingenommene Position einer Insolvenz Griechenlands mag nach der von der Bundesregierung immer wieder durchgesetzten Logik der "schwäbischen Hausfrau" plausibel erscheinen (vgl. dazu "Immer mehr fordern jetzt den Austritt Griechenlands aus der Eurozone": www.fr-online.de/schuldenkrise/schuldenkrise-immer-mehr-fordern-den-griechenland-austritt,1471908,11715618.html), nur würde durch eine solche Insolvenz Griechenlands die Krise im Euroraum außer Kontrolle geraten und zu einer unbeherrschbaren Eskalation der Krise führen. (www.boeckler.de/38555_38972.htm)

Aber anstatt nun angesichts der vorhandenen "ökonomischen Ungleichgewichte" in der Eurozone bei einer gemeinsamen Währung einen Ausgleich zwischen der Schuldner und der Gläubigerposition zu suchen, geht Brüssel noch verschärfend dazu über - frei nach der Mentalität der "schwäbischen Hausfrau" (vgl. dazu weiter unten noch Jens Berger) - den "Sieg" der Gläubiger ganz einseitig zu zementieren, indem es Deutschland in Brüssel durchgesetzt hat, dass das deutsche Modell zum Vorbild für Europa "definiert" wird (www.nachdenkseiten.de/?p=12236).

Nun so kann man ja nicht sagen, dass die EU sich nicht bemüht, die deutsche ökonomische Logik nicht nur zu verstehen, sondern auch - zwangsweise? - zu akzeptieren, aber jenseits dieses "Denkraumes" scheint man die Deutschen überhaupt nicht verstehen zu können, was sich dann beim letzten G20-Treffen in Mexiko manifestierte, wo es vor allem darum ging, dass Deutschland zur Rettung der Eurozone einfach noch mehr Geld locker machen müsse (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/treffen-der-g-finanzminister-schaeuble-allein-in-mexiko-1.1293882).

Wenn sie nicht "anschaffen" können - auf Grund er starken ökonomischen Stellung in Europa - dann reagieren die Deutschen eben mit Trotz, Unverständnis und Ratlosigkeit auf die Vorhaltungen aus Übersee.

Beseitigung der "gläsernen Wände" zwischen den "Einzel"-Diskussionen in den Sozialwissenschaften

Nicht zu vergessen ist - gerade für die sozialwissenschaftliche Diskussion - hier sei an die von Jutta Roitsch festgestellten "gläsernen Wände" in den Sozialwissenschaften (= keine(r) nimmt an den Ergebnissen der anderen mit einer Diskussion teil!) erinnert - noch einmal die für Europa vom früheren Direktor des Max-Planck-Institutes in Köln, Fritz Scharpf, in die Diskussion gebrachte "negative Integration", die politisch dringend aufgehoben werden müsse. (Vgl. noch einmal zu den "ökonomischen Ungleichgewichten" in Europa bei www.labournet.de/diskussion/eu/sopo/bahl2.html auf der Seite 3 unten - oder "Die ökonomischen Ungleichgewichte werden in der Krise zu einer besonderen Belastung" .. auf der Seite 2 unten bei www.nachdenkseiten.de/?p=3877 - wobei eingeräumt werden muss, dass die Links (vor allem zu Scharpf) bei der Hans-Böckler-Stiftung meist nicht mehr stimmen - also "googeln"!)

Zur Verdeutlichung dieses Anliegens kann weiter noch einmal diese Diskussion von Fritz Scharpf mit dem Europa-Abgeordneten Jo Leinen im letzten Europawahl-kampf über seine Feststellung ,das "Europäische Sozialmodell" ist - und bleibt - eine Illusion", herangezogen werden (www.labournet.de/diskussion/eu/sopo/bahl3.html)

Hervorragend hatten dies dann Martin Höpner und Armin Schäfer in ihrem Buch "Die Politische Ökonomie der europäischen Integration" noch vertieft - jedoch noch ohne einen "klaren" Anschluss an die Ökonomie mit ihrer ganzen zerstörerischen Dynamik zu finden. (Vgl. noch Martin Höpner "Integration durch Usurpation": www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp08-12.pdf)

Viel zu wenig beachtet wurde auch die hervorragende Analyse von Martin Höpner und John W. Cioffi "Das parteipolitische Paradoxon des Finanzmarkt-kapitalismus" - aber vielleicht erschien es einfach nicht "zeitgemäß", wo "alle Welt" sich reichlich widerspruchslös der neoliberalen Agenda mit ihrem Diktat des sog. "Washington Consensus" zu unterwerfen bereit war, da wollte man nicht wahrnehmen, wenn eine Analyse als "Paradox" darauf hinwies, dass es gerade die linken Parteien - sozusagen "weltweit" - , die mit ihrer Bereitschaft die Märkte zu deregulieren, es waren, dass diese "Agenda" einer "kapitalmarktgetriebenen Unternehmenskontrolle" weiter radikalisiert wurde (www.mpifg.de/pu/mpifg_ja/PVS_3-06_Cioffi-Hoepner.pdf).

Das hatte mich zu der Aufforderung veranlasst, das europäische Sozialmodell in einem Kontext von Corporate Governance neu und umfassender zu verstehen.
(www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/bahl.html)

Erst kürzlich konnte ich darauf hinweisen, dass diese Diskussion einer "kapitalmarktgetriebenen Unternehmenskontrolle" auch vor der Einführung der kapitalgedeckten Rente ("Riester-Rente") schon eine Rolle spielte, weil es durch wichtige Finanzwissenschaftler thematisiert worden war. Dieser Ball dann aber gerade auch von den Gewerkschaften nicht aufgenommen worden war. (Vgl. "Gewerkschaftlicher Widerstand gegen die Riester-Rente?":
www.nachdenkseiten.de/?p=12098)

Nur leider wurde diese Ansätze von Höpner u.a. am MPI dann - nach meiner Erkenntnis - nicht weiterverfolgt, während unter dem neuen Direktor des MPI, Wolfgang Streeck, - nahe an der "herrschenden" neoliberalen Agenda - die "Finanzkrise" als die Krise der Staatsfinanzen in den Mittelpunkt gestellt wurde.
(www.faz.net/-gsh-6m5eu)

Wolfgang Lieb hatte diesen verkürzten Ansatz schon unter der Überschrift "Politik im Defizit - Austerität als (allein) fiskalpolitisches Regime" kritisiert
(www.nachdenkseiten.de/?p=6240).

Es bleibt also bei der "bloßen Beschreibung" der Staatsverschuldungs-/Staatsausgaben-Problematik stehen - immerhin doch auch schon einmal eine wichtige Feststellung - ohne jedoch dann tiefer in die Ursachen einzusteigen, die dann auch zur Überwindung der Krise erforderlich wären. Wobei doch auch ein gewisser Erkenntnisfortschritt erreicht wurde, dass diese "Finanzkrise" sich in Phasen entfaltet hätte.

Dies hält dann wieder Stephan Schulmeister als Gemeinsamkeit fest - aber meint doch, die zentrale Phaseneinteilung ist und bleibt eine "systemische" - nämlich die zwischen "Realkapitalismus" und "Finanzkapitalismus" (vgl. noch einmal "Die Lernschwäche der Ökonomie": www.faz.net/-gsh-6mkya).

Joseph Stiglitz verwendet in seinem jüngsten Buch für die letzte Phase den Begriff "Kapitalismus amerikanischer Prägung" - und zielt im Kern auf den gleichen "Paradigmenwechsel" wie schon Schulmeister - und Heiner Flassbeck spricht einfach bei diesem Paradigmenwechsel von einer "Entscheidungsschlacht" in der Weltökonomie (www.labournet.de/diskussion/wipo/allg/schlacht.html)

Staats-Schulden sind ein Problem der finanzkapitalistischen Phase - und die ganze "Schuldenkrise" ein Produkt dieser Konstellation

Und - wieder im Vergleich mit den verschiedenen Perioden der realkapitalistischen Phase bis Anfang der 70-er Jahre und der darauf folgenden finanzkapitalistischen Periode - hatte Stephan Schulmeister konstatiert, dass erstere - ganz empirisch nachzuweisen - sich dadurch auszeichnet, dass sich der Unternehmenssektor verschuldet und die Staatsschulden sinken (!) - während - sicher ganz zum Erstaunen aller "Schuldenbremsen-Fanatiker" - die Staatsverschuldung in der finanzkapitalistischen Phase (mit Zinsen immer über dem Wachstum!) ständig zunimmt, statt abzunehmen - wie es doch permanent politisch angestrebt wird. (Vgl. dazu zuletzt Stephan Schulmeister auf der Seite 4 unten bei "Vorwärts in die 1930-er Jahre !": www.nachdenkseiten.de/?p=12182#h08)

Dort schreibt er noch einmal für die keynesianische Nachkriegsphase: "Gleichzeitig lag der Zinssatz permanent unter der Wachstumsrate , bei ausgeglichenem Budget sank die Verschuldensquote".

So bleibt unter dem Strich dieser ganze Kampf gegen die staatliche Verschuldung in der folgenden marktradikalen Phase ab den siebziger Jahren lediglich ein neoliberales Programm der "Entstaatlichung" (vgl. dazu in aller Kürze www.nachdenkseiten.de/?p=4024 sowie zu einem Überblick - gerade auch zur Entwicklung - der Privatisierung: www.nachdenkseiten.de/?cat=28 - sowie bei Labournet: www.labournet.de/diskussion/wipo/gats/index.html).

Und nicht übersehen werden kann dabei auch, dass dazu ein massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst gehört: "Zwei Jahrzehnte Stellenabbau" (www.boeckler.de/28607_39002.htm)

Überwindung durch Re-Regulierung und eine angemessene Rolle des Staates

Dabei gibt es - auch diesseits der USA - die Vorschläge - sogar im Deutschen Bundestag! - zu einer neuen Konstellation - für eine Finanzwirtschaft - wieder! -im Dienste der Realwirtschaft durch eine Re-Regulierung der Finanzmärkte zu kommen (vgl. www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/bahl3.html in Verbindung mit www.nachdenkseiten.de/?p=10011#h05).

Aktuell wird dies noch ergänzt durch eine Kontroverse über den Atlantik hinweg - zwischen Europa und den USA: dieser Kampf um die "Volcker-Regel" (www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/volcker.html). Und Wolfgang Lieb hat doch noch einmal klargestellt, dass schon der Begriff der "Schuldenkrise" - in der Umdeutung - ein ganz zentraler Bestandteil des neoliberalen Narrativs ist: "Wie aus

der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Krise der Staatsverschuldung gemacht wird" (www.nachdenkseiten.de/?p=8249). Dabei kann einen schon der Blick auf die gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz über die "Verhältnisse" dieser Staatsschulden gewaltig in einen neues Licht versetzen "Öffentliche Armut und Privater Reichtum" (www.nachdenkseiten.de/?p=7794). So wird dann die Verschuldensproblematik zur Verteilungsproblematik. Und die stupiden "Schuldenbremsen" gefährden nur die gesamtwirtschaftliche Stabilität - und auch die Zukunft unserer Kinder, wie Peter Bofinger und Gustav Horn ins Gedächtnis rufen. (www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf)

Obermair/Jarass hatten die zukünftigen Perspektiven für die Staatsfinanzen noch einmal herausgearbeitet (www.nachdenkseiten.de/?p=11601#h13).

Es ist somit - ganz systematisch - eindeutig, dass Deutschland`s Politik bisher darauf angelegt ist, die Vermögen zu schonen (www.nachdenkseiten.de/?p=12329#h03 oder www.boeckler.de/28607_39015.htm) - und dazu gehört natürlich auch dieses schändliche Kapitel des Steuerabkommens mit der Schweiz, um die Tore für die vermögenden Steuerflüchtlinge weit aufzustoßen (www.nachdenkseiten.de/?p=12193#h09). Aber die "Verarmung des Staates ist ja auch ein strategischer Hebel, um die marktradikale Agenda zu vollenden (www.nachdenkseiten.de/?p=12218) - bis zu einem bitteren Ende, jedenfalls für immer größere Teile der Bevölkerung.

Wichtig: Bestehende empirische Ansätze in den Sozialwissenschaften weiterentwickeln

Das fand ich ja gerade das produktive in dem kleinen Essay von Jutta Roitsch, dass er die positiven Ansätze sieht - und diese weiterentwickelt sehen möchte. Ein bloßes Bude-Bashing als alten Neoliberalen bringt da allein nicht weiter. Von diesen Befund lässt sich dann ja auch der Bogen spannen zu dieser früheren Zeit, dieser keynesianischen Periode, der Nachkriegszeit, wo derartiges nicht festzustellen war.

Den systematischsten Versuch diese beiden Perioden - die keynesianisch geprägte Nachkriegszeit mit der neoliberalen "Epoche an Anfang der 70-er Jahre des letzten Jahrhunderts zu vergleichen, hat für mich der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman in einer "polit-ökonomischen" Analyse mit seinem Buch "Nach Bush" unternommen. Um die Motivation für diese "große polit-ökonomische Erzählung" von Paul Krugman für die USA zu verdeutlichen, möchte ich nur ein paar seiner einleitenden Sätze zitieren: Unter der Überschrift "Wie es früher war" verweist er auf seine - auch ganz persönlichen - Erfahrungen in der wirtschaftspolitisch keynesianisch-geprägten Nachkriegszeit hin. "Ich bin 1953 geboren" (ich selbst noch zehn Jahre früher 1942!). Und: "Erst im Rückblick erscheint mir die politische und wirtschaftliche Umwelt meiner Jugend als ein "verlorenes Paradies".

"Das Amerika der Nachkriegszeit war vor allem eine Mittelschichtsgesellschaft. Der starke Lohnanstieg, der mit dem zweiten Weltkrieg einsetzte, hatte Millionen von Amerikanern, darunter auch meine Eltern, aus städtischen Elendsvierteln und ländlicher Armut befreit und ihnen ein Leben mit Hausbesitz und beispiellosem Komfort ermöglicht. Die Reichen hatten dagegen an Boden verloren: Sie waren wenige und, gemessen an der wohlhabenden Mitte, nicht gar so reich. Die Folge war ein bemerkenswerter Eindruck von wirtschaftlicher Gemeinsamkeit: Die meisten Menschen in Amerika lebten in erkennbar ähnlichen und sehr anständigen materiellen Verhältnissen".

"Doch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde nach und nach deutlich, dass die Entwicklung Amerikas zu einer gemäßigten Mittelschichtsgesellschaft - ähnlich wie bei uns in Deutschland - nicht das Ende der Geschichte war. Ökonomen wiesen nach, dass die Ungleichheit rasch zunahm... Die Ungleichheit der Einkommen ist so hoch wie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, und die politische Polarisierung ist so scharf wie noch nie" (soweit erst einmal Paul Krugman, in "Nach Bush", um sein Projekt für eine neue "große Erzählung" vorzustellen.)

Und wie sieht es mit der Polarisierung bzw. dem Abschied von einer Mittelschichtsgesellschaft bei uns in Deutschland aus? Das DIW konstatiert auch für uns nur "Die Mittelschicht schrumpft" - und zwar gewaltig und ein Ende ist nicht abzusehen (vgl. www.nachdenkseiten.de/?p=5906#h01 und www.nachdenkseiten.de/?p=6602#h05 - und zusätzlich der Abschnitt "Wie war das doch mit der Verteilungsgerechtigkeit bei?" auf der Seite 2 bei www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl13.html).

Und zur politischen Situation in den USA fährt Paul Krugman fort: "Die sich verschärfende politische Polarisierung bedeutet nun nicht, dass sich beide Parteien den Extremen angenähert hätten. Man wird schwerlich behaupten können, dass die Demokraten nennenswert nach links gerückt seien: Was Wirtschaftsfragen betrifft - ob es sich um Sozialhilfe oder um Steuern dreht - kann man durchaus sagen, dass Bill Clinton (der Demokrat) nicht nur rechts von Jimmy Carter, sondern auch rechts von Richard Nixon (dem Republikaner, der in den USA die Wende zum Neoliberalismus einleitete) regiert hat."

Ach, ich habe den Eindruck, es muss noch viel Wasser den Rhein in Deutschland runterfließen, bis eine solche Kapazität wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Krugman bei uns zu der Feststellung gelangt, dass die Regierung Schröder (SPD) noch rechts von der Regierung Kohl (CDU) regiert hat. Und in den USA hat dieser Paul Krugman immerhin eine dauernde Kolumne in der großen seriösen Tageszeitung der USA, der New York Times!

Nur um es noch einmal festzuhalten, mit dieser Periodisierung der großen gesellschaftlichen Entwicklung hat Krugman enorm zur Eröffnung einer Alternative für dies bisherige "Alternativlosigkeit" ("TINA" - There is no Alternative) beigetragen.

Und dieses Gesamtbild eines vorherrschenden Paradigmas (vgl. Michel Foucault "Die Ordnung der Diskurse") diente mir zum Herausarbeiten einer "Gegen"-Öffentlichkeit als Vorbild (vgl. "Was bedeutet Gegenöffentlichkeit":

www.nachdenkseiten.de/?p=9425) - mit dem Phänomen der von den Medien "erzeugten" kontrafaktischen Glaubwürdigkeit, damit alles wieder in das Gesamtbild der neoliberalen Agenda passen kann - das jüngst Jens Berger dem Spiegel wieder in seiner Berichterstattung zur EZB nachweisen musste: "Die Milliardenlüge" (www.nachdenkseiten.de/?p=12251).

Nur - auch dies ist für die "Differenziertheit" in der Eurozone wichtig - ist dies ein wieder deutsches Problem (wieviel müssen wir für die anderen "drauflegen"?) - in Frankreich kennt man das Problem mit der EZB anders, denn für das finanzmarktmäßig degradierte (Verlust des Triple AAA) Frankreich spielen die Finanzierungskosten für die Staatsschulden dann eine zunehmende Rolle auch (vgl. "Warum sollen Staaten 600-mal mehr zahlen als die Banken?":

www.nachdenkseiten.de/?p=11860).

Deutschland bewegt sich bisher vor den Finanzmärkten auf der Sonnenseite - und bekommt - welch Paradox! - für die Aufnahme seiner Schulden noch etwas bezahlt (vgl. "Die Angst geht um - oder ein Zeichen für die tiefe Vertrauenskrise der Banken - Der Zinssatz spielt keine Rolle mehr":

www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl21.html).

Und diese Verunsicherung der Bankenwelt ging so weit und schlug ihre Wellen ins Unternehmerlager (Exportwirtschaft), so dass der Chef des industrienahen Institutes der Wirtschaft (IW) Michael Hüther schon einmal forderte die Banken teil-zu-verstaatlichen. (www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl23.html) Diesem Vorschlag - so berechtigt er sein mag - konterte Robert von Heusinger in der FR nur mit der Frage, welches Land in Europa kann sich denn - nach der ganzen Bankenrettung in der ersten Krisenphase - noch einmal weiter so verschulden, um die erforderlichen Milliarden in die Banken zu pumpen - außer vielleicht Deutschland?

An diesem Beispiel wird jedoch auch deutlich, dass manche der zugrundeliegenden Sachverhalte doch nicht nur sehr komplex, sondern auch wiederum recht unterschiedlich von Land zu Land in der Eurozone sind und damit gar nicht so einfach - auch "empirisch" - zu erklären sind. Zumal "theoretisch" immer noch die Frage im Raume steht, ob die Rettung der Staaten vor dem - herbeispekulierten - Staatsbankrott nicht auch über diese "berüchtigten" Eurobonds (Spiegel: "Spiel nicht

mit dem "Schmuddelbonds") gewährleistet werden kann - auch wenn dies politisch noch mehr in den Sternen steht als die Rettung über die Zentralbank EZB (vgl. dazu "Eurobonds zu abgehoben.."):

www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl16.html). Es muss also - gerade den Sozialwissenschaften gelingen, die empirisch feststellbaren Phänomene in das "Narrativ" eines Gesamtbildes "einzuordnen" (vgl. zu einem groben "Bild" dieses - gerade so deutschen - Narrativs für Europa die Seite 1 "Das ökonomische Narrativ der Deutschen" bei www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl15.html) - wobei ich die Erfahrung machen konnte, dass die dann entsehenden "Gegennarrative" keineswegs einheitlicher Natur sind - und sich durch die Betonung der Herkunft der Probleme mehr oder minder deutlich unterscheiden können, aber sich - wichtig für ihr politisches wirksam werden, - in den wesentlichen Punkten treffen, d.h. Politik - aber auch den sie "beobachtenden" Sozialwissenschaften - käme die Rolle zu, diese wichtigen Narrative zur Überwindung der Krise - und speziell bei uns der "Euro-Krise" - zu moderieren und zu bündeln.

Aufbruch zu einer "alternativen" Agenda

Deshalb ich möchte doch noch über diese einleitende Kritik an den Sozialwissenschaften hinausgehen und den Horizont für eine den anstehenden Problemen - in Europa! - angemessenen Blick ein wenig abstecken - und dabei zunächst auch dieses Neoliberalen-Bashing an Bude und Co. gegen die doch "allgemeine" Blindheit (diese Konkretisierung a la "Marienthal" auch als Flucht aus dem "Allgemeinen" der Gesellschaft zu verstehen?) noch durch zumindest Einen ergänzen, der auch zu einer Kritik an den Sozialwissenschaften führt: "In den Sozial- und Kommunikationswissenschaften verfügen wir noch nicht über eine dauerhaft systematische Beobachtung der öffentlichen Debatten, die neben den Themenschwerpunkten auch noch die Vorherrschaft bestimmter Denkfiguren - wie die Rechtfertigung des Marktes als zentrales Steuerungselement - analysieren könnten (vgl. "Kritik neoliberaler Menschen und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein Verständnis von "sozialer Gerechtigkeit": <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07649.pdf>).

Eine Vorherrschaft der Märkte gibt es also in den Sozialwissenschaften bis dato einfach nicht!

Und die politischen Konsequenzen dieser sozialwissenschaftlichen "Blindheit" führen dann eben nicht zu keynesianischen Analysen - sondern nur zu einem "Linken-Bashing" bei den Medien und der Politik - weil die "stören" nur (www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/heiligermarkt.html).

Plastisch hat das dann Frank Schirrmacher auf den Punkt gebracht - und brach damit aus diesem vorherrschenden neoliberalen "Diskurs" aus: "Ich habe den Eindruck, dass die Linke recht hat" (vgl. www.nachdenkseiten.de/?p=10444#h01 oder auch noch von Albrecht Müller kommentiert : www.nachdenkseiten.de/?p=10448 - oder gar noch eine Zusammenstellung auf den NDS dieser Serie in der FAZ: www.nachdenkseiten.de/?p=11564 - wobei die "Systemdenke" von Stephan Schulmeister (gegen Wolfgang Streeck & Co.) in dieser Serie mit seiner Kritik erst einmal - dort - unter den Tisch fällt (vgl. "Die Lernschwäche von Ökonomen": www.faz.net/-gsh-6mkya)(aber darüber gibt es noch keinen "Diskurs" von Albrecht Müller mit Stephan Schulmeister).

Dabei könnte m.E. gerade der Ökonom Stephan Schulmeister mit seinen Analysen mit einem "systemischen Blick" am ehesten einen "Link" zu den Sozialwissenschaften "herstellen" (www.fr-online.de/wirtschaft/wider-den-finanzkapitalismus/-/1472780/4537948/-/index.html - vgl. auch die Kritik von einem Finanzexperten unter dem lobenden Motto "Wer nicht weiß, muß alles glauben": www.go-ahead.at/fileadmin/editorupload/downloads/specials/service-manzwko.pdf). Allein dieses Motto "Wer nicht weiß, muss alles glauben" könnte auch "unsere" Sozialwissenschaftler anspornen, denn was wissen sie unter dem "Label" Gesellschaftswissenschaftler über diese Gesellschaft?

Aber so "hackt" es eben weiter bei den Sozialwissenschaften mit der Debatte um einen Paradigmenwechsel (www.nachdenkseiten.de/?p=7957).

Das hat aber auch weiterreichende gesellschaftspolitische Auswirkungen, denn diese "große Erzählung" des Neoliberalismus, die uns seit rund 40 Jahren "bedrückt", kann so kaum an ihr "Ende gelangen"

(www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/amarkt/bahl_arbeit.html), weil die Sozialwissenschaften ein so schlechter Begleiter für den Ausstieg aus diesem marktradikalen Paradigma sind (dort S. 2). Nur das hat politisch auch wieder enorme Folgen, weil die ganzen oppositionellen Kräfte in dieser Bundesrepublik - Hans-Jürgen Urban von der IG Metall hat sie einfach "Mosaik-Linke" genannt - überhaupt nicht über ein "kongruentes Gesamtbild für die Krise" und ihre Überwindung verfügen (www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl17.html).

Und vor diesem Hintergrund gelingt der Bundesregierung dann dieses Kunststück mit dem "Placebo-Effekt" in den Parallelwelten: "Der Bundesregierung ist es gelungen, von der eigenen bedrohlichen Lage abzulenken - wer "alles" hat sie denn schon "allgemein" analysiert? - indem man sich mit anderen Ländern vergleicht (Parallelwelten), denen es eindeutig noch schlechter geht" (www.nachdenkseiten.de/?p=12190) - wie z.B. vor allem Griechenland (www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl24.html oder auch noch www.nachdenkseiten.de/?p=12167#h03).

Aber am treffendsten hat die jetzt aktuelle Problematik von Griechenland wieder einmal Niels Kadritzke mit einem politischen "Stimmungs"bild von Griechenland auf den Punkt bringen können: "Griechenland gleicht einem Labyrinth, bei dem alle Ausgänge blockiert sind" (www.nachdenkseiten.de/?p=12263) - und bei Licht betrachtet arbeitet der "Rest" Europas daran diese - eventuell möglichen - Ausgänge nur noch immer stärker und weiter zu verstopfen.

Und das mit dem Londoner Schuldenabkommen trieb dann auch nicht die Sozialwissenschaften oder Wirtschaftshistoriker auf die Barrikaden - sondern das fiel einem cleveren Ökonomen ein.

Aber diese "Verschlafenheit" der deutschen Sozialwissenschaften bezüglich einer Überwindung der Eurokrise, die die Welt beunruhigt (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/risiko-europa-iwf-warnt-vor-einer-neuen-gefaehrlichen-phase/6106276.html), zu dem "World Economic Outlook" vom 24. Januar 2012 siehe auch www.imf.org) - scheint doch nur längerfristig überwindbar.

Und - oh Schande für die deutschen "Vordenker" gerade in den Sozialwissenschaften -, dort beim IWF ist man mit einem Paradigmenwechsel schon weiter als es sich in Deutschland träumen lässt (www.fr-online.de/schuldenkrise/iwf-chefvolkswirt-blanchard--das-revolutionaere-papier,1471908,2683136.html) und beginnt den Staat - gegen alle bisherige Ideologie des sog. "washington consensus" - wieder als Problemlöser zu begreifen und nicht nur als zu "beseitigendes Übel".

Nur als "Troika" in Griechenland spielt der IWF noch keine derart rühmliche Rolle - und bleibt doch mehr mit seinem rigorosen Schuldeneintreiben dem "alten Weltbild" verhaftet. Nur, bis dies als allgemeine Erkenntnis in Deutschland mehrheitsfähig werden kann, wird wohl noch so viel Zeit vergehen, dass dieses Szenario von Stephan Schulmeister "Vorwärts in die 1930-er!: Die Depression der 2010-er - Ein Rückblick aus der Zukunft" immer wahrscheinlicher wird (www.nachdenkseiten.de/?p=12182#h08).

Aber da das alles in Deutschland nur so langsam ankommen kann, werden wir doch erst einmal gespannt - wir sind ja in einem "gemeinsamen Europa" - auf Frankreich und die dortigen Präsidentschaftswahlen blicken müssen - denn ob der Präsident mit seinem Kurs in treuer "Gefolgschaft" der deutschen Bundeskanzlerin noch einmal einen Wahlsieg einfahren wird, ist zumindest recht fraglich. (Vgl. dazu "Merkozy - das "Duo infernale" für Europa und Deutschland":

www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl25.html - und gerade in Frankreich beginnt in diesem Wahlkampf auch die Frage der Dominanz der Finanzmärkte eine Rolle zu spielen (vgl. dazu "In Frankreich geht es jetzt um die berühmte Wurst": www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl22.html))

Nur eines hat die Merkel bei ihrem Einsatz für Sarkozy dann doch gezeigt, Entscheidungen - ob für oder gegen die "Märkte" - können längerfristig nur auf

europäischer Ebene getroffen werden. Was also nun, wenn Frankreich - nach der Wahl - das beginnt "anders" zu sehen als die Merkel?

Nur die aktuell entscheidende Frage bleibt, ist es bis dahin der "Gemeinde der Marktgläubigen" gelungen, Griechenland in Europa ökonomisch zu "zerstören"? Der Blick auf Deutschland allein reicht also auch nicht!

Sozialwissenschaften mit einem "Anschluss" an die Ökonomie

Einen sozialwissenschaftlichen Einstieg in die ökonomische Problematik bietet auch Jens Berger (nachdenkseiten) mit seinem neuen Buch "Stresstest Deutschland" (vgl. www.nachdenkseiten.de/?p=12193#h01 sowie "Die schwäbische Hausfrau" als Kardinalfehler deutschen Denkens: www.heise.de/tp/artikel/36/36405/1.html).

Die "schwäbische Hausfrau" - prominent aufgehängt, weil die Bundeskanzlerin verwendet sie gerne vor dem Publikum als "Beweis" für die Plausibilität einer "Alternativlosigkeit" ihrer Politik - ist aber zur Auflösung des alten Narrativs nur eine Zugangsform, denn - wie bei Nullmeier - sind die Märkte als Steuerungselement für die Politik eine wichtige - weitere - Herangehensweise um den vorherrschenden sozialen und gesellschaftszerstörenden Wahnsinn dieses "alten Narrativs" aufzulösen. (Vgl. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker "Kopflöse Politik und führungslose Märkte": www.nachdenkseiten.de/?p=10153)

Dabei darf auch ein Fehler nicht gemacht werden - wie auch Flassbeck immer wieder betont, die Märkte pauschal zu verdammen, sondern es ist eben die Unterscheidung von Märkten, die nur Reichtum generieren (vgl. z.B. von dem Anthropologen Paul Jorion "Die Reichtumskonzentrationsmaschine": www.nachdenkseiten.de/?p=12193#h13) und Märkten, die Güter produzieren (eben jene von Schulmeister wieder angestrebte Realwirtschaft). (Vgl. dazu auch wieder den Ökonomen Gustav Horn mit seinem Buch "Des Reichtums fette Beute" - dazu Wolfgang Storz: www.nachdenkseiten.de/?p=12182#h06)

Und so bleiben auch die deutschen Löhne weiter im Blick für die Krisenursachen wegen des Hervorbringens der ökonomischen Ungleichgewichte (vgl. dazu Deutsche Arbeitskosten: "Eine Quelle der Instabilität im Euro-Raum" (da im gemeinsamen Währungsraum der "Ausweg" über eine Abwertung ausgeschlossen bleibt)(www.labournet.de/diskussion/eu/sopo/lohn_bahl2.html)).

Heiner Flassbeck pocht daher - sehr stark fokussiert auf diese Ursache der Eurokrise (!) - auf die strikte Einhaltung des 2-Prozent-Inflationsziel für alle. Und nur Frankreich hatte dieses - ziemlich als einziges Euroland - weitgehend erreichen können, was

wiederum Frankreichs damalige Finanzministerin Lagard zum Protest veranlasste.
(www.labournet.de/diskussion/eu/sopo/lohn_bahl.html)

Einen ökonomisch angemessenen "Protest", den Deutschland einfach nur machtpolitisch wegdrückte, wie Deutschland das bisher generell machte - immer zur Aufrechterhaltung des alten ökonomischen Weltbildes - aber eben auch eigenen Vorteils, wenigstens bisher - wider alle ökonomische Vernunft für das "gemeinsame" Europa.

Und so bleibt - ganz entsprechend der Scharpf'schen "Vision" der negativen Integration - die Europäische Union auch eine "Union der Lohndrücker" (vgl. z.B. jüngst www.nachdenkseiten.de/?p=12193#h03), die zur Zeit allenfalls durch einen "Mindestlohn für alle EU-Bürger" politisch (!) abgedeckt werden kann.
(www.nachdenkseiten.de/?p=12193#h04)

Aber noch haben weiter in der Erklärung dieser Gesellschaft in der Krise die Ökonomen ein ganzes Stück weit die Nase vorn - während die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften demgegenüber sich noch weitgehend in der Beschreibung von Einzelphänomenen verzetteln. (Vgl. z.B. dazu auch noch weiterführend jetzt zuletzt Rudolf Hickel "Zerschlagt die Banken - Zivilisiert die Finanzmärkte")

Nur eine wunderbare Ausnahme darf diesbezüglich nach mit dem Briten Collin Crouch auch nicht übersehen werden. Wir erwähnten ihn oben bei Heitmeyer schon. Aber dieser Soziologe ist ja ein Engländer und kann erst einmal das Gesamtbild der deutschen Soziologie noch nicht so richtig "aufpeppen". (Vgl. das Interview mit ihm "Wahrscheinlich muss alles erst noch schlechter werden, damit es besser wird.": www.fr-online.de/kultur/colin-crouch-zur-finanzkrise-es-muss-noch-schlimmer-werden,1472786,11452072.html und zu seinem Buch "Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus" noch: www.nachdenkseiten.de/?p=11406#h07 und www.nachdenkseiten.de/?p=11406#h08 sowie ein Aufsatz www.nachdenkseiten.de/?p=11169#h10)

Und er konnte doch auch schon bei einschlägigen Analysen ein wenig doch in Deutschland Wurzeln schlagen (vgl. "Schuldenbremse als Fall-Beispiel für die "Postdemokratie": www.nachdenkseiten.de/?p=12002).

Wahrscheinlich ist es eine Frage der Zeit, d.h. ob es auch den Sozialwissenschaften - in Deutschland dann! - gelingt zu einem der Krise angemessenen "Gesamtbild" - und damit zu einer der Krise angemessenen Erklärung zu finden - oder ob dies erst gelingen sein wird, wenn Europa nur noch als "Scherbenhaufen" zu bewundern sein wird und sie uns erklären können, wieso es dazu kommen konnte. Dabei könnte das

Programm "AKAS" ("Alles könnte anders sein") statt dem bornierten "TINA" (There is no Alternative) oder Merkel'sch "Alternativlos" schon längst auf die Schiene gesetzt werden. (Vgl. "Statt TINA jetzt AKAS":

www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise_bahl20.html)

Die Gewerkschaften haben sich doch schon einmal auf den Weg gemacht (vgl. dazu das "Vier-Punkte-Programm" des DGB bei der Ziff. 2 d in

www.nachdenkseiten.de/?p=12207#h02 sowie Dierk Hierschel "Gewerkschaften vor einem Strategiewechsel: Merkels Europa ist falsch": www.taz.de/Debatte-Europa/!87595/).

Nur wenn man jetzt am Ende dieser Zusammenschau ein Resümee zieht, so merkt man, dass wie in einem Puzzle sich doch eine ganze Menge aus den "vereinzelten" sozialwissenschaftlichen "Ergebnissen" - auch noch im Spiegel einer kritischen Ökonomie - herausbilden lässt , das dann doch schon zu einem recht stattlichen "Gesamtgemälde" von Europa zusammenfinden kann.

Kommentierte Presseschau von Volker Bahl vom 2.3.2012